



# Thüringen lässt Schieflage hinter sich

**Auch die Juni-Arbeitsmarktzahlen sind erfreulich, es bleiben aber wichtige Aufgaben**

Im Juni lag die offizielle Arbeitslosigkeit in Thüringen bei 5,8 Prozent und ging zum Vormonat um 0,1 Prozent zurück. Damit weist Thüringen im Vergleich der neuen Bundesländer erneut die besten Werte aus und ließ auch vier westdeutsche Bundesländer hinter sich. Insgesamt waren 65.700 Menschen arbeitslos. Das waren fast 1.500 weniger als im Mai und rund 8.100 weniger als vor einem Jahr.

Von einer „weiterhin gute Entwicklung für Thüringen“ sprach Ina Leukefeld, Arbeitsmarktpolitikerin der Fraktion DIE LINKE im Landtag. „1.045.400 Erwerbstätige haben hier ihren Arbeitsort. Das ist eine hohe Zahl, die deutlich macht, dass die Wirtschaft im Freistaat gut läuft und Arbeitskräfte gefragt sind.“

### Weitere 29.000 Menschen ohne Arbeitsplatz

Allerdings zeigen diese Zahlen im Detail auch, dass Thüringen noch nachbessern muss. „Unter den Arbeitnehmern gibt es immer noch 120.256 geringfügig bzw. kurzzeitig Beschäftigte. Die Zahl der so genannten ausschließlich marginal Beschäftigten verringerte sich in Thüringen im Jahr 2016 gegenüber dem Jahr 2015 um 2.900 Personen (minus 3,2 Prozent). Das sind aber immer noch zu viel.“ Wie in der 139. Beratung des Runden Tisches für soziale Verantwortung herausgear-

beitet wurde, seien Chancen auf einen Arbeitsplatz für Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderung, psychisch Kranke, Alleinerziehende und Migranten besonders gering. „Das macht die Herausforderungen deutlich, wenn diese Menschen nicht völlig von der Entwicklung abgeschnitten bleiben sollen“, betonte die LINKE-Abgeordnete.

Auch die Thüringer Arbeitsministerin Heike Werner (DIE LINKE) sagte: „Wir dürfen nicht vergessen, dass es neben den offiziell registrierten rund 66.000 Erwerbslosen weitere 29.000 Menschen gibt, die ohne einen Arbeitsplatz sind.“ Dazu gehören Menschen, die zum Beispiel gerade eine Weiterbildung absolvieren in Fördermaßnahmen von Bund oder Land, kurzfristig arbeitsunfähig sind oder aufgrund ihres Alters nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik geführt werden.

Erfreulich sei deshalb, dass auch die Zahl der Menschen in Unterbeschäftigung kontinuierlich zurückgeht. Im Juni lag die Zahl bei 94.800. Im Vorjahresmonat waren es noch 5.400 Personen mehr. Damit sank die Unterbeschäftigtenquote binnen Jahresfrist um 0,4 Punkte auf 8,2 Prozent. „Stück für Stück lassen wir die strukturelle Schieflage hinter uns, in der sich der Thüringer Arbeitsmarkt über lange Jahre befand. Personengruppen mit einem schwierigen Zugang zum Arbeitsmarkt – vor allem Ältere und Langzeitarbeitslose – finden zunehmend besser eine Beschäftigung. Das ist auch eines der wesentlichen Ziele der Arbeitsmarkt-

politik der Thüringer Landesregierung“, so die Ministerin.

### Debatte um bedingungsloses Grundeinkommen forcieren

Ina Leukefeld hatte sich außerdem dafür ausgesprochen, die Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen zu forcieren. Sie verwies auf die Koalitionsvereinbarung von CDU, Grünen und FDP in Schleswig-Holstein mit der Entwicklung eines Modellversuchs zum Grundeinkommen. Angesichts der in Thüringen bereits laufenden Diskussionen schlägt sie vor, Ideen aus beiden Bundesländern auszutauschen. „Die Schaffung eines Zukunftslabors, das Modelle zur Einführung eines Grundeinkommens entwickeln soll, könnte ich mir gerade auch unter Rot-Rot-Grün gut vorstellen.“

Die Abgeordnete plädierte für eine bundespolitische Debatte zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. DIE LINKE habe sich in ihrem Wahlprogramm für die Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bundestag zum Grundeinkommen stark gemacht. Notwendig sei ein Abgleich der unterschiedlichen Vorstellungen von einem bedingungslosen Grundeinkommen. „Es macht Sinn, wenn wir diese Diskussion auf ein möglichst solides Fundament stellen.“ Ina Leukefeld empfiehlt der LINKEN und der Landesregierung, sich mit Schleswig-Holstein auf Bundesebene für entsprechende Modellprojekte einzusetzen. ■

## KOMMENTIERT:

von Katharina König-Preuss

### Hass im Netz

*Die Intention des jetzt beschlossenen Netzwerkdurchsuchungsgesetzes, gegen Hatespeech (Hassrede) im Internet vorzugehen und die Betreiber von großen sozialen Netzwerken in die Verantwortung zu nehmen, ist richtig. Auch wenn im letzten Moment einzelne Verbesserungen vorgenommen wurden, bleiben allerdings gravierende Probleme, wie der Löschzwang für offensichtlich rechtswidrige Inhalte binnen 24 Stunden und der große Handlungsspielraum für Betreiber bei der Anwendung der Vorschriften. Sie erhalten weitgehende Bestimmungsmacht darüber, was als strafbar eingestuft wird und was nicht. So kann der Betreiber im Zweifel auch rechtmäßige Inhalte ohne Widerspruchsmöglichkeit löschen, um Sanktionen zu entgehen.*

*Bei einer Sachverständigen-Anhörung im Bundestag hatte die Mehrheit den Entwurf der Großen Koalition scharf kritisiert. Die verbesserte Erreichbarkeit der Netzwerke, mehr Transparenz, die Einführung von Beschwerdeverfahren und Berichtspflichten sind positive Aspekte, aber gerade die effektive Rechtsdurchsetzung, so wie es der Name des Gesetzes verspricht, nämlich Täter zu ermitteln und vor Gericht zu stellen, wird damit nicht wirklich verbessert. Allein in Thüringen haben die Behörden innerhalb der letzten zwei Jahre rund 800 Delikte der so genannten Hasskriminalität registriert, die Dunkelziffer dürfte weitaus höher sein. Eine Löschung von Hatespeech im Netz wäre nach einem gründlich durchdachten Prüfungssystem in vielen Fällen geboten, abschreckender für die Täter wäre es, wenn sie auch jenseits der Meldung „Ihr Kommentar wurde gelöscht“ ernsthafte Konsequenzen in Form von Geld- oder Freiheitsstrafen zu spüren bekämen.*

*Auch wenn ich selbst regelmäßig mit neonazistischen Morddrohungen, Gewaltaufrufen und massiven Beleidigungen konfrontiert bin, so ist das Durchpeitschen des Gesetzes kein großer Gewinn. Die LINKE wird auf Veränderungen drängen. Neben klaren Regeln für Betreiber sozialer Netzwerke braucht es eine starke Zivilgesellschaft, die mit kritischen Argumenten („counter-speech“) dagegen hält und konsequent Strafanzeigen erstattet. Es geht um nicht weniger als ein Umdenken in den Köpfen, denn der Hass verschwindet nicht durch das Löschen, sondern nur durch ein respektvolles Miteinander.* ■

## AKTUELL

### Aufklärung und Konsequenzen gefordert

**Susanne Hennig-Wellso, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE und Landesvorsitzende der Linkspartei, sagt zu den Vorkommnissen rund um den G20-Gipfel:**

„80.000 Menschen waren am 8. Juli in Hamburg friedlich auf der Straße gegen die fatale Politik der G20-Staaten. Wir stehen klipp und klar für Friedenspolitik und friedlichen Protest – daran besteht kein Zweifel. Die Teilnahme an dieser Demonstration war auch für mich ein sehr eindrückliches Erlebnis. Angriffe auf friedliche Demonstrationsteilnehmer sind genauso fehl am Platz, wie Angriffe auf Polizeibeamte, Geschäfte oder Fahrzeuge von Anwohnern. Gewalt lehnen wir ab. Auch deswegen kritisieren wir die Politik der G20-Staaten – sie steht für militärische Konflikte, Kriege, unso-

ziale Politik, Abschottung und verantwortet Tausende ertrunkene Geflüchtete im Mittelmeer. Die Kritik an der Politik von G20 und der Merkel-Bundesregierung nun mit dem Hinweis auf Ausschreitungen abseits der großen und friedlichen Demonstration am Samstag zu delegitimieren, ist ein billiger Versuch, die Stimmen der 80.000 zum Verstummen zu bringen.

Die immensen Kosten solcher Treffen, die dünnen Ergebnisse und der Verlauf der Proteste bestätigen unsere Skepsis und untermauern unsere Auffassung, die Vereinten Nationen für die Lösung der großen Menschheitsfragen zu stärken. Falls Deeskalation, Prävention und gezielte Verfolgung von Straftätern Ziele des Polizeieinsatzes waren, haben Innensenator und Polizeiführung versagt. Sollte der Polizeieinsatz dage-

gen Eskalation im Vorfeld der Bundestagswahl zum Ziel gehabt haben, ist der Plan aufgegangen – das wäre ein Skandal. Ausbaden mussten das die Menschen in Hamburg und Tausende Polizeibeamte – auch aus Thüringen –, die den Einsatz teils mit Verletzungen bezahlen mussten. Ich wünsche allen verletzten BeamtInnen, DemonstrantInnen und JournalistInnen schnelle Genesung.

Neben der juristischen Ahndung von Straftaten braucht es Aufklärung über die völlig falsche Lageeinschätzung und Fehlplanung des Einsatzes und die teils schwerwiegenden Eingriffe in Grundrechte. Ich unterstütze die Forderung der Hamburger LINKEN nach einem Untersuchungsausschuss. Dem Hamburger Innensenator ist zu empfehlen, seinen Rücktritt einzureichen.“ ■